



## Pressemitteilung

### **Podiumsdiskussion mit den Parteien zum Thema: „Ferienwohnungen in Mehrfamilienhäusern – Wie lange noch?“**

Die Bürgerinitiative Wilhelmstraße Berlin Mitte lädt zur Anwohnerversammlung ein: 10. September 2009, 18-20 Uhr, Speisesaal der Grundschule am Brandenburger Tor, Wilhelmstraße 52, 10117 Berlin. Wieder werden rund 200 Teilnehmer erwartet. Diesmal möchte sie allen gewählten Parteien in einer Podiumsdiskussion Gelegenheit geben, vor der Bundestagswahl ihre Position zu den Missständen im Ferienwohnungsmarkt zu erklären. Auch der Berliner Senat, das Bezirksamt Mitte und der Eigentümer der Wohnanlage Wilhelmstraße wurden eingeladen.

Die Bewohner der B.Ä.R./B.Ä.R.A.N.O.-Objekte in der Wilhelmstraße sind besonders vom Ferienwohnungsbetrieb in ihren Wohnhäusern geplagt. Nach eigenen Angaben im Internet werden bereits rund ¼ der 900 Wohnungen rücksichtslos und profitabel kurzzeitig vermietet.

Aber auch viele andere Quartiere in Berlin sind von diesen unhaltbaren Zuständen betroffen. Die negativen Folgen für die Dauermieter und Wohnungseigentümer, wie Lärm und Unsicherheitsgefühl werden von Gerichten bestätigt. Bezirksamt und Senatsverwaltung zeigen sich von zahlreichen Medienberichten und Beschwerden unbeeindruckt.

Hinweise auf Sicherheitsmängel werden ignoriert. Zum Beispiel gelten Brandschutzbestimmungen für Beherbergungsbetriebe mit mehr als 12 Betten weiterhin nicht für Ferienwohnungsanlagen mit mehr als 1000 Betten (vergl. Verordnung über den Betrieb von baulichen Anlagen – BetrVO vom 10. Oktober 2007). Muß es erst Tote geben?

Eine Petition der Bürgerinitiative an den Deutschen Bundestag (Pet 4-16-07-4011-048935) wurde mit dem Hinweis auf die Klagemöglichkeit jedes Betroffenen beantwortet. Gerade redliche Bürger scheuen den Gang zum Gericht. Er bedeutet besondere Aufregung und lässt Kosten oder gar Wohnungskündigung (z.B. bei der Höhe nach nicht gerechtfertigter Mietminderung) riskieren. Keine Lösung für die Anfang des Jahres gegründete Bürgerinitiative.

Gesucht werden Mieter und Wohnungseigentümer, die ebenfalls unter skrupelloser Ferienwohnungsvermietung in ihren Häusern leiden. Gemeinsam will man den Politikern auf die Sprünge helfen. Bitte melden Sie sich per E-Mail [anwohner@wilhelmstrasse.org](mailto:anwohner@wilhelmstrasse.org) oder per FAX 030/3730-8092.

Zu diesen Artikel passend dieses Bild, als Aufruf:

